Deutscher Bundestag **Drucksache 21/[…]**

21. Wahlperiode [Datum]

Antrag

der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Olympische und Paralympische Sommerspiele – volle Unterstützung einer deutschen Bewerbung

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Es wird wieder Zeit: 53 Jahre sind seit dem Ende der letzten Olympischen Sommerspiele in Deutschland vergangen. Während alle anderen G7-Staaten zwischen 2010 und 2034 – teilweise mehrfach – Olympische und Paralympische Spiele ausgerichtet haben oder haben werden, ist Deutschland das einzige Land dieser Staatengruppe, das seit über einem halben Jahrhundert auf die erneute Austragung des größten Sportereignisses der Welt wartet.

Deutschland „kann“ Sportgroßveranstaltungen; das haben die Austragungen zahlreicher sportlicher Großereignisse in der jüngsten Vergangenheit, wie die Fußball-Europameisterschaft der Herren 2024, die Special Olympics World Games 2023, die European Championships 2022 in München und zuletzt die FISU World University Games in der Rhein-Ruhr-Region und in Berlin in diesem Jahr gezeigt. Wir sind daher überzeigt: Deutschland „kann“ auch Olympische und Paralympische Spiele.

Deutschland muss Olympische und Paralympische Spiele aber auch wollen: Das bedeutet mehr als die volle Unterstützung durch Sportpolitiker und Funktionäre in den Sportverbänden; die Bevölkerung im ganzen Land, vor allem aber in den Bewerberstädten will und muss durch schlüssige Argumente überzeugt und mitgenommen werden. Dass dies kein einfacher Weg ist, zeigen die Resultate der gescheiterten deutschen Bewerbungen: Seit 1986 gab es sieben erfolglose Bewerbungsversuche, davon schlugen zwei Bewerbungen wegen der mangelnden Unterstützung durch die Bevölkerung fehl (Bürgerbefragungen zu den Winterspielen 2022 in München und den Sommerspielen 2024 in Hamburg), weitere waren im internationalen Wettbewerb chancenlos. Angesichts dessen ist das überaus deutliche Votum des Bürgerentscheids in München zu begrüßen, mit dem sich die Bevölkerung dort klar für die Ausrichtung Olympischer und Paralympischer Spiele ausgesprochen hat. Dieses klare Signal verleiht auch den Bemühungen der anderen interessierten Regionen bzw. Städte Rückenwind und stimmt uns zuversichtlich, dass auch von dort weitere positive Impulse folgen werden.

Der Deutsche Bundestag unterstützt daher ausdrücklich die Bemühungen des Deutschen Olympischen Sportbundes, eine deutsche Bewerbung voranzutreiben und mit einem überzeugenden Konzept im internationalen Wettbewerb anzutreten. Ende Mai 2025 wurden die Bewerbungskonzepte beim DOSB eingereicht und im September 2025 im Ausschuss für Sport und Ehrenamt des Deutschen Bundestags vorgestellt.

Der DOSB hat nach einer Prüfung mittlerweile bestätigt, dass alle Konzepte die operativen Mindestanforderungen erfüllen. Im Herbst 2026 will der DOSB die Entscheidung fällen, mit welchem Konzept Deutschland ins Rennen geht. Die vier tragfähigen Konzepte aus Nord-, Süd-, Ost- und Westdeutschland für die nationale Bewerbung zeigen deutlich, dass es in Deutschland die Bereitschaft und notwendigen Voraussetzungen gibt, Olympische und Paralympische Spiele auszurichten.

Die Bewerbung wird parteiübergreifend unterstützt. Im Juli 2024 unterzeichnete die damals amtierende Bundesregierung ein Memorandum of Understanding zur Unterstützung einer deutschen Bewerbung um Olympische und Paralympische Spiele. Am 19. November 2025 hat die Bundesregierung der Unterzeichnung der politischen Vereinbarung zur Bewerbung um Olympische und Paralympische Spiele durch den Bundeskanzler zugestimmt. Sowohl der aktuelle Koalitionsvertrag als auch der Koalitionsvertrag der vorherigen Regierungskoalition verankerten die nachdrückliche Unterstützung einer deutschen Bewerbung. Die Sportministerkonferenz der Länder hat zuletzt im Oktober 2025 in einem Beschluss die Bedeutung dieser Initiative unterstrichen. Dieser breite politische Konsens zeigt: Eine Olympia- und Paralympics-Bewerbung ist ein gesamtgesellschaftliches Projekt.

In einer Zeit, in der sich zunehmend autokratische Staaten als Gastgeber globaler Sportveranstaltungen ins Spiel bringen, sehen wir demokratische Staaten in der Pflicht, sich aktiv um die Ausrichtung dieser Spiele zu bewerben und so die olympische Bewegung zu stärken. Die Olympischen und Paralympischen Spiele 2024 in Paris haben eindrucksvoll gezeigt, welche Begeisterung ein solches Ereignis mitten in Europa in einem demokratischen Gemeinwesen auslösen kann. Paris hat die Spiele mitten ins Herz der Stadt gebracht – mit Wettkämpfen am Eiffelturm und in der Seine. Über zwölf Millionen Eintrittskarten wurden verkauft, mehr als 7,5 Millionen Menschen besuchten die Fanzonen. Die Eröffnungsfeier auf der Seine setzte neue Maßstäbe. Neue Maßstäbe wurden auch bezüglich eines effektiven Sicherheitskonzeptes zum Schutz der Millionen Besucherinnen und Besucher und zur Gewährleistung friedlicher und sicherer Spiele gesetzt.

Die Spiele können wichtige Impulse liefern: Paris 2024 hat gezeigt, dass gut geplante und nachhaltig konzipierte Sportgroßveranstaltungen sowohl unmittelbare als auch langfristige Vorteile für die lokale Entwicklung bringen können, wie auch eine aktuelle Studie der OECD zum Vermächtnis der Pariser Spiele (https://www.oecd.org/en/publications/the-legacy-of-the-paris-2024-olympic-and-paralympic-games_d7938b7f-en.html) festgestellt hat. Nachhaltig geplante Olympische und Paralympische Spiele können dauerhafte Infrastrukturverbesserungen bewirken, wirtschaftliche Impulse setzen und Arbeitsplätze schaffen.

Auch stärken Olympische und Paralympische Spiele die internationale Sichtbarkeit der Gastgeberregionen, fördern die touristische Infrastruktur und können somit langfristig Wirtschaftskreisläufe stärken. Deutschland sollte die Bewerbung nutzen, um sich als vielfältiges, gastfreundliches und kulturell attraktives sowie barrierefreies Reiseland zu positionieren.

Darüber hinaus haben die Spiele die Kraft, eine ganze Generation für den Sport zu begeistern. Sie motivieren Kinder und Jugendliche zur sportlichen Betätigung und stärken Breiten- und Leistungssport gleichermaßen. Das Beispiel Paris zeigt, wie Olympische Spiele konkrete Programme zur Bewegungsförderung anstoßen können: Laut der OECD-Studie haben 42 Prozent der französischen Grundschulen das Programm „30 Minuten tägliche körperliche Aktivität" eingeführt. Deutschland sollte eine Bewerbung nutzen, um ähnliche Initiativen zu entwickeln – von täglichen Bewegungsangeboten in Schulen bis hin zu niedrigschwelligen Sportprogrammen in Vereinen und Gemeinden, um Bewegungsmangel und seine gesundheitlichen Folgen zu bekämpfen.

Die Paralympischen Spiele sind ein unverzichtbarer Bestandteil der olympischen Bewegung und ein starkes Symbol für Inklusion und Gleichberechtigung. Sie rücken die Leistungen von Sportlerinnen und Sportlern mit Behinderung ins öffentliche Bewusstsein, tragen dazu bei, Barrieren abzubauen und Vorurteile zu überwinden. Die Spiele bieten eine einzigartige Gelegenheit, Barrierefreiheit in allen Bereichen voranzubringen – von der Infrastruktur über die Mobilität bis hin zur gesellschaftlichen Teilhabe. Deutschland kann durch die Ausrichtung von Paralympischen Spielen zeigen, dass Inklusion nicht nur ein politisches Ziel, sondern gelebte Realität ist.

Der Deutsche Bundestag betont die Notwendigkeit, die Bürgerinnen und Bürger von Anfang an auf Basis der oben dargestellten Argumente in den Bewerbungsprozess einzubeziehen und transparent über Chancen, Kosten und Risiken zu informieren. Dabei müssen die Potenziale deutlich gemacht, aber auch ein ehrlicher Dialog mit kritischen Stimmen geführt werden. Mögliche Bedenken sind ernst zu nehmen und negative Erfahrungen mit früheren Spielen in anderen Ländern offen zu diskutieren. Diese Erkenntnisse müssen in die Ausgestaltung eines spezifisch deutschen Konzepts einfließen, um problematische Entwicklungen von vornherein auszuschließen und ein verantwortungsvolles, nachhaltiges und sozial verträgliches Konzept zu entwickeln.

Der Deutsche Bundestag hält Deutschland für sehr gut vorbereitet, Olympische und Paralympische Spiele zu veranstalten. Es ist wichtig, dass gemäß dem vom DOSB vorgegebenen Zeitplan bis zum Herbst 2026 entschieden wird, mit welchem Konzept und welcher Stadt beziehungsweise Region Deutschland in den internationalen Wettbewerb eintreten soll. Deutschland benötigt ein finales Bewerbungskonzept, mit dem es sich auf internationaler Ebene positionieren kann. Der internationale Wettbewerb um Olympische und Paralympische Spiele ist intensiv, und potenzielle Konkurrenten arbeiten bereits an ihren Bewerbungen. Auf dem Weg dorthin sollte Deutschland sich im Sinne der „Nationalen Strategie Sportgroßveranstaltungen“ weiterhin um die Ausrichtung anderer internationaler Sportgroßveranstaltungen bewerben.

Olympische und Paralympische Spiele sollen ein Fest für ganz Deutschland werden, unabhängig davon, welche Stadt oder Region letztendlich als Austragungsort ausgewählt wird. Daher appelliert der Deutsche Bundestag an den DOSB, durch eine angemessene Ausgestaltung des nationalen Bewerbungsprozesses alles dafür zu tun, dass die unterlegenen Bewerber mit Respekt und nicht wie Verlierer behandelt werden.

Der Deutsche Bundestag ist überzeugt davon, dass Deutschland bereit ist für Olympische und Paralympische Spiele. Deutschland hat das Potenzial, idealer Gastgeber für ein Fest des Sports und der Völkerverständigung zu sein. Er sichert einer deutschen Bewerbung um die Ausrichtung Olympischer und Paralympischer Sommerspiele daher seine volle Unterstützung zu.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel auf, unter Wahrung der Autonomie des organisierten Sports eine deutsche Bewerbung, um die Austragung Olympischer und Paralympischer Sommerspiele durch folgende Maßnahmen zu unterstützen:

1. *Finanzielle Unterstützung:* Sicherstellung einer angemessenen finanziellen Ausstattung der Bewerbung durch die Ausbringung entsprechender Mittel im Bundeshaushalt unter besonderer Berücksichtigung von Transparenz und einer ökologisch wie sozial nachhaltigen Mittelverwendung.
2. *Internationale Sichtbarkeit der deutschen Sportpolitik:* Aktive Unterstützung für die deutsche Bewerbung auf internationaler Ebene und Nutzung der diplo-

matischen Möglichkeiten unter Einbeziehung des neuen Amtes der Staatsministerin für Sport und Ehrenamt, um die Chancen Deutschlands im Wettbewerb um die Ausrichtung der Spiele zu stärken und um die Werte der deutschen Bewerbung für faire, friedliche und vielfältige Spiele hervorzuheben.

3. *Einbeziehung der Bevölkerung:* Unterstützung von Maßnahmen, die die Einbeziehung der Bevölkerung und deren Information erleichtern, um die Akzeptanz zu sichern und demokratische Teilhabe zu gewährleisten.

4. *Sicherstellung infrastruktureller Voraussetzungen:* Ertüchtigung vor allem der Infrastruktur von umwelt- und klimafreundlichen Verkehrsträgern und Schaffung einer barrierefreien Infrastruktur, ohne die die Durchführung internationaler Sportgroßveranstaltungen wie Olympischer Spiele oder der Paralympics nicht realisierbar ist. Konsequente Nutzung und nachhaltige Sanierung bestehender Sportstätten statt Neubauten, wo immer dies möglich ist, um Flächenversiegelung und Ressourcenverbrauch zu minimieren. Sollten doch Neubauten notwendig werden, den Fokus auf deren langfristige Nutzung mit einem Mehrwert für die Bevölkerung legen. Zudem nachhaltige Mobilität durch den Ausbau und die Stärkung umwelt- und klimafreundlicher Verkehrsträger, insbesondere des öffentlichen Personennah- und Fernverkehrs, einschließlich der Schiene und barrierefrei Erreichbarkeit und barrierefreier Zugang zum öffentlichen Verkehr sowie barrierefreier Fuß- und Radwege, aber auch der Straßeninfrastruktur, namentlich für den Busverkehr. Einbeziehung bestehender Daten und Erkenntnisse aus dem Programm „Reisen für Alle“, insbesondere für die Ausgestaltung barrierefreien Personenverkehrs. Konkrete Anknüpfung an das damalige Stadtkonzept Berlins für die Abwicklung der Special Olympics 2023. Vernetzung aller Angebote auch auf digitaler Ebene zur Gewährleistung bestmöglicher Konnektivität und Barrierefreiheit auch durch Optimierung der Mobilfunkabdeckung sowie des Glasfaserausbaus.

5. *Stärkung der Sicherheit bei Sportgroßveranstaltungen*: Sicherstellung eines effektiven und umfassenden Sicherheitskonzepts zur Planung, Genehmigung, Durchführung und Nachbereitung der Veranstaltungen. Gewährleistung der Sicherheit aller Teilnehmenden und der kritischen Infrastrukturen vor dem Hintergrund der gegebenen Sicherheitslage.

6. *Schaffung barrierefreier Sportstätten und barrierefreier Infrastruktur*: Unterstützung der Länder und Kommunen bei der Schaffung von mehr barrierefreien, für Menschen mit körperlichen, Sinnes- und geistigen Beeinträchtigungen gleichermaßen nutzbaren Sportstätten, verbunden mit dem Anspruch, dass die Nutzung der barrierefreien Sportstätten nach den Spielen gesichert bleibt.

7. *Herausstellung der Werte einer Bewerbung:* Betonung, dass die Bewerbung auf eine nachhaltige und inklusive Ausrichtung der Spiele zielt, die sich der Wahrung der Menschenrechte und dem Gedanken der Teilhabe und der Diskriminierungsfreiheit verpflichtet fühlt. Dies umfasst insbesondere die Stärkung von Vielfalt und Akzeptanz als Kernbotschaften sowie die bewusste Übernahme der historischen Verantwortung Deutschlands, die Spiele für Offenheit, Demokratie und internationale Solidarität auszurichten.

8. *Gleichbehandlung Olympischer und Paralympischer Spiele:* Verdeutlichung auf nationaler und internationaler Ebene, dass beide Veranstaltungen für die Bundesregierung denselben Stellenwert besitzen und dass Paralympische Spiele als Chance gesehen werden, um Inklusion in allen Bereichen voranzutreiben und Menschen mit Behinderung umfassende Teilhabe zu ermöglichen.

9. *Betonung des Stellenwerts für Deutschland:* Herausstellung des Gedankens, dass die Spiele auch einem hoch entwickelten Industrieland wie Deutschland

helfen können, sich sportlich, wirtschaftlich, infrastrukturell, gesellschaftlich, kulturell und touristisch weiterzuentwickeln, da sie ein großes Potenzial für das Reiseland Deutschland bilden sowie dazu beitragen, ein positives, weltoffenes und gastfreundliches Deutschlandbild weltweit zu vermitteln. Koordination mit der Deutschen Zentrale für Tourismus (DZT), die Deutschlands erklärtes sporttouristisches Potenzial sowohl für Athletinnen und Athleten als auch für Zuschauerinnen und Zuschauer auch international hervorhebt.

10. *Mehr Sichtbarmachung:* Erhöhung des Bekanntheitsgrads von Sportlerinnen und Sportlern gerade auch mit Behinderung durch entsprechende Öffentlichkeits- bzw. Medienarbeit. Dies umfasst insbesondere die Stärkung von Vielfalt und Akzeptanz als Kernbotschaften.

11. *Bewerbung für weitere Sportgroßveranstaltungen*: Unterstützung der Ausrichtung weiterer internationaler Sportgroßveranstaltungen in Deutschland, unter anderem der Bewerbung um die UEFA Women's EURO 2029 und der Leichtathletik-WM, und Nutzung diese Veranstaltungen als wichtige Vorbereitung und als Beleg für die Kompetenz Deutschlands als Gastgeber.

Berlin, den […]

Jens Spahn, Alexander Hoffmann und Fraktion
Dr. Matthias Miersch und Fraktion
Katharina Dröge, Britta Haßelmann und Fraktion